

Prestigeauftrag an Alibaba

110 Millionen Franken Die Bundeskanzlei vergibt einen Informatik-Grossauftrag an vier amerikanische und einen chinesischen Multi. Sind unsere staatlichen Daten dort sicher?



In der chinesischen Datenwolke: Innovationszentrum der Alibaba-Tochterfirma Alicloud in der Henan-Provinz. Foto: Getty Images

Markus Häfliger
und **Rita Flubacher**

Der Bund hat einen politisch brisanten Grossauftrag vergeben: Er lässt staatliche Daten künftig unter anderem vom chinesischen Alibaba-Konzern speichern und verarbeiten.

Diese überraschende Auftragsvergabe hat die Bundeskanzlei auf der Internetplattform Simap publiziert. Neben Alibaba haben sich auch vier US-Konzerne einen Teil des Auftrags gesichert: Amazon, IBM, Oracle und Microsoft. Ein europäischer oder gar schweizerischer Anbieter wurde nicht berücksichtigt.

Bei diesen fünf Firmen wird die Eidgenossenschaft künftig Cloud-Dienstleistungen beziehen und dafür viel Geld bezahlen. Das Kostendach beläuft sich auf total 110 Millionen Franken in den nächsten fünf Jahren. Darüber berichtet hat zuerst das Online-Medium «Inside-Channels».

Von Cloud-Computing spricht man, wenn Computernutzerinnen und -nutzer Daten und Rechenoperationen nicht auf eigenen Geräten speichern und ausführen. Vielmehr greifen sie auf

ein Netzwerk von Servern, Datenspeichern und Applikationen zu, die sich irgendwo auf der Welt befinden können. Übersetzen kann man «Cloud» mit «Rechnerwolke» oder «Datenwolke».

Alibaba zum Beispiel hat nicht einmal einen juristischen Ableger in der Schweiz, geschweige denn ein Rechenzentrum. Als Vertragspartnerin des Bundes tritt eine Tochterfirma in London auf. Die Alibaba-Gruppe ist das chinesische Pendant zu Amazon. Wie sein US-Konkurrent hat Alibaba in das Cloud-Geschäft expandiert. Bis 2023 will es die US-Konkurrenz einholen und bei Cloud-Diensten die Welt Nummer 1 werden.

Zugriff der Staaten

In diesem auch geopolitisch aufgeladenen Konkurrenzkampf verhilft die Schweiz Alibaba nun zu einem Prestigeauftrag. Offenbar haben ihn die Chinesen dank eines Billigangebots ergattert. Die Bundeskanzlei begründet die Berücksichtigung der Chinesen explizit mit ihren «sehr attraktiven Preisen».

Die Auftragsvergabe löst bei Bundespolitikern Bedenken aus.

Der grüne Nationalrat und IT-Fachmann Gerhard Andrey hält Cloud-Dienstleistungen zwar teilweise für sinnvoll. Er macht ein Beispiel: Damit die Website des Bundesamts für Gesundheit (BAG) während der Pandemie nicht zusammenbrach, musste sie in der Cloud dupliziert werden. Das sei aus Sicht des Datenschutzes unproblematisch, sagt Andrey, Gründer eines Software-Unternehmens.

«Ein grosses Problem ist jedoch, wenn der Bund sensible staatliche Daten in die Hände von ausländischen Anbietern legt», sagt Andrey. Dass Peking bei seinen Konzernen den Zugriff habe, sei ohnehin klar. Doch bei den US-Anbietern sei es nicht besser: Die Cloud Act, ein US-Gesetz von 2018, verpflichtet amerikanische Firmen, den US-Behörden selbst dann Zugriff auf Daten zu gewährleisten, wenn diese ausserhalb der USA gespeichert sind.

Schweizer ausgeschlossen

SVP-Nationalrat Franz Grüter sagt hingegen, die Schweiz habe faktisch gar keine Wahl. In Europa – und schon gar nicht in der

Schweiz – gebe es keinen Cloud-Anbieter, «der den amerikanischen und chinesischen Firmen auch nur annähernd das Wasser reichen kann». Dem Bund bleibe darum nichts anders übrig, als Datensicherheit und Datenschutz in Verträgen zu regeln und mittels Kontrollen zu überprüfen, sagt Grüter, Verwaltungsratspräsident der Green-Gruppe. Zudem verfüge der Bund für besonders sensible Daten über eigene Rechenzentren, unter anderem in Frauenfeld.

Auch für den Auftrag an Alibaba zeigt Grüter Verständnis: «So begibt sich die Schweiz im geopolitischen Machtstreit zwischen den USA und China nicht in eine einseitige Abhängigkeit.»

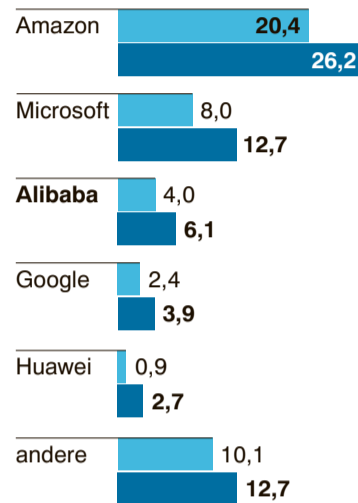
Ohne Schweizer Anbieter

Die Bundeskanzlei versucht, die Bedenken zu zerstreuen. «Ob und welche Daten in den Public Clouds gehalten und bearbeitet werden, hängt vom jeweiligen Vorhaben ab», hält ein Sprecher fest. Die Entscheidungskompetenz darüber liege bei den einzelnen Departementen. Bevor sie Anwendungen und Daten auf eine Public Cloud auslagerten, müss-

Die grössten Cloud-Dienste

Umsatz, in Milliarden Dollar

■ 2019 ■ 2020



Grafik: db / Quelle: Gartner

Breites Komitee gegen Abschaffung der Stempelsteuer

Steuererleichterung Ein überparteiliches Komitee aus SP, Grünen und Gewerkschaften ergreift das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer.

Noch nicht einmal zwei Wochen ist es her, seit das erste Teilprojekt zur Abschaffung der Stempelabgabe unter Dach und Fach gebracht wurde. Bei diesem handelt es sich um die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Der Bund geht mit der Aufhebung dieser Steuer von jährlichen Mindereinnahmen von 250 Millionen Franken aus.

Nun will das Komitee diesen Entscheid rückgängig machen. Von der Abgabe profitieren würden einmal mehr genau jene, die eine steuerliche Entlastung nicht nötig hätten, sagte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth gestern vor den Medien in Bern. Gemeint seien Grosskonzerne, die Finanzbranche und Kapitalbesitzer.

Die Abschaffung sei Teil einer «Salamitaktik der Rechten» zur Aufhebung aller Stempelabgaben. So wird das Parlament bald auch über die Abschaffung der Stempelsteuer beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren und die Abschaffung der Abgaben auf Versicherungsprämien beraten. (sda)

Referendum gegen Massnahmenpaket für Medien lanciert

Förderung Gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist gestern vom Komitee «Nein zu staatlich finanzierten Medien» das Referendum lanciert worden. Die Medienförderung wurde als verfassungsrechtlich inakzeptabel, staats- und demokratiepolitisch schädlich und wettbewerbsverzerrend bezeichnet.

National- und Ständerat hatten in der Sommersession beschlossen, dass die Medien in der Schweiz neu während sieben Jahren direkt und indirekt mit 120 Millionen Franken mehr gefördert werden sollen als bisher.

«Auf dem Spiel stehen die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit der Medien», erklärte Philipp Gut, Kommunikationsberater und Verleger und Geschäftsführer des Komitees. Wenn der Staat die Medien füttere, würden sie zu Staatsmedien. Alt-FDP-Nationalrat und Präsident des Komitees Peter Weigelt erklärte indes, die direkte Medienförderung sei ein Tabu- und Verfassungsbruch. Als besonders stossend bezeichnete er, dass Gratis-Zeitungen und kostenlose Online-Medien ausgeschlossen werden. «Damit zementiert der Staat die bestehenden Monopole.» (sda)

Viola Amherd feuert die Nati in St. Petersburg an

Bundesrätlicher Support Die Sportministerin wird am Freitag ans Schweizer Viertelfinalspiel gegen Spanien reisen.

Ein Viertelfinal mit Schweizer Beteiligung: Das haben die meisten Schweizer Fussballfans noch nicht erlebt. So weit schaffte es die Schweizer Nationalmannschaft letztmals an der Heim-WM 1954. Das historische Ereignis will sich auch Sportministerin Viola Amherd (Jahrgang 1962) nicht entgehen lassen.

Wenn das Team von Vladimir Petkovic am Freitag in St. Petersburg gegen Spanien aufläuft,

kann es auf den Support der Walliserin zählen. Die Bundesrätin werde die Schweizer Nati im Viertelfinal am Freitagabend «persönlich unterstützen und den Match vor Ort in St. Petersburg verfolgen», bestätigt ein Departementssprecher auf Anfrage.

«Historischer Erfolg»

Amherd lässt sich nach dem Achtelfinal-Knüller gegen Frankreich mit den Worten zitieren:

«Was für eine emotionale Achterbahnfahrt! Die Schweizer Nati hat eine eindruckliche Willensleistung gezeigt und damit einen historischen Erfolg errungen.» Sie wünsche sich, dass das Team gegen Spanien an die gezeigte Leistung anknüpfen könne. «Warum nicht noch eine weitere Überraschung?»

Dem Vernehmen nach hätte auch Bundespräsident Guy Parmelin (Jahrgang 1959) an die-



Viola Amherd ist optimistisch: «Warum nicht noch eine weitere Überraschung?» Foto: Keystone

ser Europameisterschaft der Nati gern die Ehre erwiesen. Der volle Terminkalender des ehemaligen Sportministers liess einen Matchbesuch bisher jedoch nicht zu.

Als Xhaka und Co. gegen Italien eine schmerzhaft Niederlage einfuhren, war der Bundespräsident in Genf gefragt: Gleichentags fand dort unter den Augen der Weltöffentlichkeit das Gipfeltreffen zwischen

US-Präsident Joe Biden und Russlands Präsident Wladimir Putin statt.

Auch beim Achtelfinal gegen Frankreich konnte der SVP-Magistrat nicht mitjubeln. Parmelin befand sich am Montag und Dienstag in Potsdam, wo sich die Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Staaten trafen – und Inhalte wie die Forschungszusammenarbeit und den Klimawandel erörterten. (hā/jbu)